

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

51. Sitzung
7. April 2025

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 16.48 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stellt folgende von seiner Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Im Aufsichtsrat der BEW wurde letzte Woche die kurzfristige Kreditaufnahme in Höhe von 1,1 Mrd. Euro genehmigt. Wir fragen den Senat, welche Projekte die BEW damit finanzieren möchte.“

Zusatz: „Uns interessieren natürlich vor allem die großen Projekte, sprich: die Kraftwerke am Standort Klingenberg bzw. Reuter-West, die schon einen gewissen Planungsstand haben.“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, der Dekarbonisierungsfahrplan solle bis zum Jahresende neu aufgestellt werden. Ein Leitbildprozess solle deutlich machen, wohin das Unternehmen wolle. Damit verbunden seien Investitionen in die Transformation. Die Wärme solle klimaneutral werden. 40 Prozent der CO₂-Emissionen kämen aus der Wärme. Man gehe von einer Gesamtsumme von 3,3 Mrd. Euro in den nächsten Jahren aus. Der Aufsichtsrat habe letzte Woche eine Kreditaufnahme von 1,1 Mrd. Euro genehmigt, die mit neun Banken ausgehandelt sei. Es seien sehr gute Bedingungen vereinbart worden. Die Kreditbedingungen ermöglichten zuallererst Liquidität; bestimmte Maßnahmen seien nicht näher

definiert. Die BEW werde die Darlehen abrufen, wenn sie sie für ihre Liquidität brauche. Der Bedarf ergebe sich aus den anstehenden Transformationsprojekten. Im Anlagenpark seien die Heizkraftwerke das Entscheidende. Ende des Jahres seien bereits 750 Mio. Euro entschieden worden. Am Standort Charlottenburg gehe es um den Abbruch alter Anlagen, um Platz für Neues – Power-to-Heat-Anlagen, Wasserstoffreadiness – zu schaffen, bei Reuter-West um die Umstellung von Kohle auf erneuerbare Heizstoffe; es gebe eine Großwärmepumpe, die Abwasserwärme nutze, und eine Dampfturbine, die mit Abwärme aus der Müllverbrennung betrieben werde. Wasserstoffreadiness werde auch eine Rolle spielen. Mit 1,1 Mrd. Euro werde dem Unternehmen eine Liquiditätsprognose bis Ende des ersten Quartals 2027 ermöglicht. Es werde nur so viel abgerufen, wie benötigt werde. Ein Teil werde als Reserve verwendet, falls es zu Marktverwerfungen kommen sollte.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stellt die Nachfrage, ob zutreffe, dass mit der Kreditaufnahme keine finalen Investitionsentscheidungen verbunden seien, insbesondere hinsichtlich der geplanten Biomasseheizkraftwerke an den Standorten Reuter-West bzw. Klingenberg, bevor klar sei, dass sie Teil des Dekarbonisierungsfahrplans seien.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) macht geltend, dass es bis Jahresende vor allem um Abbrucharbeiten und vorbereitende Arbeiten auf den Geländen gehe, die unabhängig von Biomasseentscheidungen liefen. Wenn der Dekarbonisierungsfahrplan da sei, werde auch über das Thema Biomasse gesprochen. Die Kreditaufnahme nehme die Dekarbonisierungsfahrplanentscheidungen nicht vorweg.

Tamara Lüdke (SPD) stellt folgende von ihrer Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Nachdem die US-amerikanische Regierung Zölle auf Güter aus der Europäischen Union verkündet hat, wie schätzt der Senat aktuell die wirtschaftlichen Folgen für Berlin ein?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf Auswirkungen an der Börse. Es werde ein globaler Handelskrieg angezettelt, der negative Auswirkungen auf die exportabhängige deutsche Wirtschaft habe. Die Berliner Wirtschaft könne sich davon nicht komplett abkoppeln. Die USA gehörten zu den Top-vier-Zielländern. Das Exportvolumen betrage 1,5 Mrd., das Importvolumen knapp 1,1 Mrd. Euro. Die wichtigsten Güter seien Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse, aber auch Maschinen, Fahrzeuge, Fahrzeugteile und elektrische Ausrüstung. Betroffen seien insbesondere innovative Branchen. Wichtig seien eine Lageanalyse und der Dialog mit den betroffenen Unternehmen. Die Zusammenarbeit mit den USA solle aufrechterhalten bleiben. Dafür seien das Berliner Büro in New York und die Außenhandelskammer wichtig. In der letzten Woche habe sie erstmals zur Taskforce USA eingeladen. Weitere Unternehmen und Verbände bekundeten Interesse an der Mitarbeit. Es gehe darum, die Wirtschaftsbeziehungen zu diversifizieren, z. B. im Hinblick auf Indien und Indonesien. Wissenschaftler und Unternehmensgründer, die in den USA keine Perspektive sähen, seien in Berlin als Stadt der Freiheit willkommen.

Tamara Lüdke (SPD) stellt die Nachfrage, auf welche Weise der Senat die betroffenen Branchen aktuell konkret unterstütze.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) nennt Innovations- und Internationalisierungsförderung. Beim Programm für Internationalisierung solle 2026 keine Kürzung erfolgen. Es gehe um internationale Netzwerkprojekte, Messestände, die Präsenz von Berlin, Delegationsreisen von Start-ups und KMU, Unterstützung von Unternehmensansiedlungen. Sie verweise auch auf das House of Games, den KI-Hub, das House of Finance and Tech und das Zentrum für Zell- und Gentherapie, das in den USA Interesse wecke und 2027/28 fertig sein solle. Berlin Partner habe im letzten Jahr über 300 Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekte begleitet; es habe 84 Neuansiedlungen mit einem Investitionsvolumen von über 1 Mrd. Euro gegeben. Es sei ein Peak von Investitionsansiedlungen zu verzeichnen. Man werde weiter daran arbeiten. Der digitale Wirtschaftsservice erleichtere Gewerbean- und -ummeldungen, Gaststättenerlaubnisse und die Anerkennung von Berufsabschlüssen. Es gehe um eine Willkommenskultur für Unternehmen in Berlin.

Sebastian Scheel (LINKE) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die IBB gemeinsam mit den UVB und dem Ostdeutschen Bankenverband eine angebliche Studie gemacht hat über den Investitionsbedarf im Land Berlin. Sie kommen da auf 108 Milliarden Euro, die in den nächsten zehn Jahren investiert werden sollen. Die Studie hat offensichtlich den Zweck, die Tür für ÖPP-Projekte zu öffnen. Daher meine Frage: Wie ist es zu dieser Studie gekommen, und wer hat sie veranlasst?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) stellt klar, es handele sich um eine Positionierung des Ostdeutschen Bankenverbandes, der IBB und UVB zur Modernisierung der Berliner Infrastruktur im Hinblick auf die Mittel aus dem Bundessondervermögen. Bei der Bilanzpressekonferenz der IBB habe Herr Holm deutlich gemacht, dass es vor allem um öffentlich-öffentliche Partnerschaften gehe, z. B. Schulbauoffensive mit der HOWOGE, Hochschulbaugesellschaft, Krankenhaussanierung. Sie sehe hier einen Gedankenanstoß, wie man viel zusätzliches Geld gut umsetzen könne. Es gehe nicht darum, öffentliche Liegenschaften und landeseigene Bestände in private Hand zu geben. Sie schließe nicht aus, dass die UVB auch an ÖPP dächten, um alternative Finanzierungsformen für Investitionen in die Infrastruktur in den Blick zu nehmen. Man müsse sich dies von Fall zu Fall genau anschauen. Sie sehe hier aufseiten der SPD eine sehr vorsichtige Haltung. – [Jörg Stroedter (SPD): Vorsichtig negativ, um das deutlich zu sagen!]

Sebastian Scheel (LINKE) stellt die Nachfrage, wer die Idee gehabt oder den Auftrag hierfür erteilt habe. Was vorliege, sei keine Studie, denn die Zahlen seien nicht unterlegt. Eine solche Arbeit sei für die IBB reputationsschädigend. Sie sei offenbar von den UVB gekommen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) sagt zu, dass sie dem nachgehen werde. Die Erklärung sei nicht im Verwaltungsrat abgestimmt gewesen und habe in der Pressekonferenz heute keine Rolle gespielt. Herr Holm habe ausschließlich über ÖÖP gesprochen. In der Pressemitteilung werde Herr Dr. Brandt zitiert. Vermutlich habe er dies mit veranlasst.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Ich frage die Senatorin, ob Sie nicht vielleicht dankbar ist, dass es jetzt endlich mal Hinweise gibt, wie groß der Investitionsrückstau ist. Wir haben das nämlich schon

lange gefordert. Wir haben natürlich als Opposition die nicht in Auftrag geben können, aber wir finden es gut, dass der Investitionsstau jetzt relativ deutlich ist. Natürlich wird das untersetzt worden sein, aber man will die Leute nicht mit irgendwelchen mathematischen Berechnungen und sonstigen Sachen irritieren. Irgendwo wird das schon fundiert sein. Ich frage den Senat, ob er nicht dankbar ist, dass es jetzt tatsächlich mal Anhaltspunkte gibt, denn die gesamte Republik spricht über den Investitionsrückstau bei der Infrastruktur in Deutschland. Es ist schön, dass wir mal Zahlen für Berlin haben. Sehen Sie das nicht so?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) begrüßt, dass Ostdeutscher Bankenverband, UVB und IBB Handlungsbedarfe betrachtet und eine Schätzung abgegeben hätten. Wie die Zahlen ermittelt worden seien, sei dann die nächste Frage. Niemand werde dies mit einer genauen Kostenschätzung belegen können. Dann sei noch die nächste Frage, wer das verbaue und ob man genügend Fachkräfte habe. Investitionsbedarfe gebe es in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Die Umsetzung der Bundesmittel müsse gut vorbereitet werden. Alle Häuser hätten den Auftrag zu ermitteln, welche Maßnahmen nur als Merkposten in der I-Planung des Landes stünden bzw. in dem nicht umgesetzten Landessondervermögen enthalten gewesen seien. Dies seien potenzielle Kandidaten.

Frank-Christian Hansel (AfD) unterstreicht, dass die Studie die Dimension aufzeige. Welche Priorität setze der Senat, Infrastrukturerneuerung von Brücken, Schulen etc. oder ideologische Themen des Klimatransformationsfonds, die für die Infrastruktur nicht relevant seien?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, im besten Fall gehe beides zusammen, z. B. Schuldachsanieierung mit Solaranlage. Solarenergie zahle sich aus. Natürlich müsse man dafür sorgen, dass Brücken nicht einstürzten und Schulgebäude nicht gesperrt werden müssten. Das Funktionieren der Daseinsvorsorgeeinrichtungen habe oberste Priorität.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0137](#)
WiEnBe
**Frauen als Fachkräfte für die Wirtschaft gewinnen
und als Unternehmerinnen fördern**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0129](#)
WiEnBe
**Förderung von Gründerinnen und Frauen in
Führungspositionen**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2315

[0241](#)
WiEnBe

Gesetz zur Änderung des IBB-Trägergesetzes und des Investitionsbankgesetzes

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) erläutert, wesentlicher Auslöser sei die Verpflichtung, Umsatzsteuer auf Leistungen der IBB zu erheben, sodass Dienstleistungen für die Berliner Wirtschaft erheblich teurer würden. Daher sollten einzelne Bereiche von der Umsatzsteuerpflicht ausgenommen werden, in denen die IBB der einzige Akteur sei. In diesem Zuge würden weitere Anpassungen vorgenommen. Wie bei den AöR sollten Anweisungen des Vorstands künftig durch die Trägerversammlung erfolgen, womit die Interessen des Landes stärker durchgesetzt werden könnten. Lt. BaFin müssten Risiko- und Prüfungsausschuss getrennt werden, was zusätzliche Mitglieder für den Verwaltungsrat – zwei auf Gesellschaftseite, eines auf Arbeitnehmerseite – zur Folge habe.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2315 zu empfehlen.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Ergebnisse der Nighttime-Strategy (Nachtökonomie-
Strategie) Berlin und weitere Schritte**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0200](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 04.11.2024

Tamara Lüdke (SPD) fragt nach dem Stand der Umsetzung der Nighttime-Strategy.

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet, den aktuellen Stand im Hinblick auf Expertinnen/Experten, Beratergremium, Förderung, Gesetzesänderungen zur Förderung der Nachtökonomie, fehlende Sicherheit bei Gewerbemietverträgen und Grundsteuer zu erläutern. Was könne der Senat in der ohnehin angespannten ökonomischen Lage unterstützend tun?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, die Nachtökonomie solle sich gut entwickeln, im Bestand gewahrt bleiben und Unterstützung erhalten, wo dies möglich sei. Kultur- und Kreativszene und Clublandschaft seien ein Anziehungsfaktor insbesondere für junge Menschen sowie für den Tourismusstandort Berlin und den internationalen Wettbewerb wichtig. Die Nachtökonomie sei ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftskraft Berlins. Ziel sei, die Berliner Clubs langfristig zu sichern und neue Unternehmen und Fachkräfte anzusiedeln. Die Studie zur Nachtökonomie beinhalte zehn Handlungsempfehlungen und eine strategische ganzheitliche Ausrichtung. Handlungsempfehlungen befassten sich mit Immobiliennutzungen, Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Förderung kleinerer Spielstätten, Schutz vor Lärmkonflikten, Vielfalt in der Musik- und Unterhaltungsbranche, BVG-Themen, Nach-

haltigkeit, Ausbau von Förderprogrammen, insbesondere Immissions- und Lärmschutz, gesetzlichen Änderungen und stärkerer gesellschaftlicher Verankerung. SenWiEnBe habe daraus konkrete Maßnahmen und Pilotprojekte abgeleitet.

Mittlerweile hätten erste Veranstaltungen und Workshops stattgefunden. Auf der Konferenz Club & Raum hätten sich Akteure der Immobilienwirtschaft, Politik und Clubkultur vernetzt. Es gebe Arbeitsgruppen zu Tourismus und Nachbarschaft, Finanzen und Förderung und das Forum Nighttime-Strategy, wo es um Sicherheit und Awareness gegangen sei. SenWiEnBe führe immer wieder Gespräche mit einzelnen Clubbetreibern. Man befasse sich mit Schulungen für Gesundheit am Arbeitsplatz und Bereitstellung von alternativen Veranstaltungsorten. Es gebe Datenerhebungen zu Lärmbeschwerden. Es gehe auch um die Frage, inwieweit neue technologiebasierte Geschäftsmodelle Lösungen zur Unterstützung der Nachtökonomie befördern könnten. Das Thema „Nightlife meets Tech“ sei ein Angebot im Rahmen der Schulungsprogramme gewesen. Das Projekt „Kultur stärken – Raum und Perspektiven 2024“ solle 2025 weiterentwickelt und fortgeführt werden. Es gehe um clubkulturelle Standort- und Konzeptentwicklungen sowie Kooperationen zur Standortsicherung. Zum nachhaltigen Tourismus solle es eine Verbänderunde mit Clubcommission und Berlin Tourismus & Kongress GmbH geben. Außerdem gehe es um digitale Autonomie. SenWiEnBe prüfe die Finanzierung eines Projekts zu Web3-Lösungen für Clubkultur und elektronischen Musikgemeinschaften. Es gehe darum, wie man strategisch und koordiniert einzelne Vernetzungs-, Schulungs- und Weiterbildungsangebote für die Clubszene ermöglichen und Innovationslabor sein könne.

Lärm- und Immissionsschutz sei für die Clubs sehr essenziell. Hier wolle man weitermachen. Sie habe letztes Jahr Clubbetreiber/-innen zum Runden Tisch eingeladen. Dieser Kontakt werde aufrechterhalten, insbesondere zum Thema Schallschutzmaßnahmen. Mittlerweile habe man 54 Clubs mit fast 3 Mio. Euro unterstützen können. Weitere Fördermittel würden ausgereicht. Über 600 000 Euro seien schon bewilligt worden. Das Förderprogramm werde fortgesetzt. Eine Vereinfachung des Gaststättenrechts helfe auch den Clubs.

Die Frage nach der Grundsteuer sei aus Friedrichshain-Kreuzberg gekommen. Es gebe Clubs, die dort auf öffentlichen Flächen ansässig seien. Nach ihrer Kenntnis habe das Bezirksamt die Freistellung der Clubs gefordert, aber keine eigene Bereitschaft zur Unterstützung gezeigt. Eine solche Forderung sei aus keinem anderen Bezirk gekommen. Das Thema Grundsteuer sei bei SenFin verortet; SenWiEnBe habe dies nicht thematisiert. Sie gehe nicht davon aus, dass SenFin eine Ausnahmeregelung für Friedrichshain-Kreuzberg mache, weil es um Gleichbehandlung gehe. Eine Ausnahmeregelung könnte nicht nur für einen Bezirk gelten. Zudem würden dann auch andere Wirtschaftsunternehmen eine solche Forderung erheben.

Christoph Wapler (GRÜNE) wendet ein, dass es nicht nur um ein Problem von Friedrichshain-Kreuzberg, sondern um eine berlinweite Regelung gehe. Er konstatiere, dass der Senat da nicht viel machen werde. Unbeantwortet sei, ob es eine Förderung kleinerer Spielstätten geben werde und was mit Veranstaltungen im Freien und der Entschlackung von Verordnungen sei. Nach den Richtlinien der Regierungspolitik habe man von drei auf fünf Tage gehen wollen. Gewerbemietverhältnisse seien Bundesrecht. Werde sich Berlin für eine Gewerbemietpreisbremse einsetzen, damit Clubs überlebten?

Sebastian Scheel (LINKE) knüpft an, Gewerbemietende unterlägen dem Vertragsrecht und seien am Markt den Vermietern ausgeliefert. Es gebe keine Regulierung von Gewerbemieten.

Die Grundsteuerreform bringe wegen der Einheitswerte Verwerfungen mit sich. Wenn Unternehmen in eine Schieflage gerieten, weil die Einnahmen nicht ausreichten, um der Steuerschuld gerecht zu werden, dann sei dies ein Härtefall, den SenFin betrachten sollte, statt das Problem beim Bezirk abzuladen. Es könne nicht sein, dass die Grundsteuer den Clubs „das Genick breche“; die Clubwirtschaft sei für Berlin als touristischer Standortfaktor zu wichtig.

Jörg Stroedter (SPD) erklärt, die Grundsteuer sei für Clubs, Bäder und andere Einrichtungen ein Riesenthema. Seine Fraktion teile nicht die Vorstellungen der SenFin. Die Erhöhungen seien so massiv, dass man sie nicht hinnehmen könne. Von „aufkommensneutral“ könne keine Rede sein. Härtefalllösungen reichten nicht. Berlin habe Möglichkeiten, dies zu ändern. Sonst gerate man ein in eine nicht akzeptable Schieflage. Er erwarte dazu Vorschläge der SenFin.

Christian Gräff (CDU) hält entgegen, dass die Zahlen Aufkommensneutralität zeigten. Der rot-rot-grüne Senat habe sich nicht für das Optionsmodell, sondern für das Scholz-Modell entschieden, sodass die Belastung eher bei den Unternehmen und weniger bei den Verbraucherinnen/Verbrauchern abgeladen werde. Gleichwohl gebe es auch eine Schieflage bei den Einfamilienhausbesitzern im Ostteil der Stadt. Insofern sei die Diskussion bemerkenswert. Er stimme zu, dass man eine Lösung für Unternehmen brauche, die darunter zu leiden hätten.

Sebastian Scheel (LINKE) sagt, dass klar gewesen sei, dass der Osten mehr belastet werde, weil die Einheitswerte zu gering gewesen seien. Das Aufkommen möge insgesamt neutral sein. Gleichwohl brauche man vernünftige Lösungen für diejenigen, bei denen die Sprünge zu hoch seien. Das Ost-West-Gefälle wäre auch beim Alternativmodell entstanden.

Jörg Stroedter (SPD) betont, dass Wirtschaftsbetriebe und Betriebe der Daseinsvorsorge in ihrer Existenz bedroht seien. Daher müssten Senat und Abghs Lösungen finden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) äußert, dass offensichtlich Klärungsbedarf bestehe. SenWiEnBe könne dies nicht steuern, werde aber mit SenFin darüber sprechen. Ausnahmen könnten nicht auf einen Bezirk oder eine Branche bezogen werden. Nach ihrer Einschätzung sei der Finanzsenator generell nicht dafür, weite Teile der Steuer zu erlassen, weil sich die Frage stelle, woher das Geld dann kommen solle. Für das Thema Gewerbemietpreisbremse gebe es in vielen Bundesländern gar kein Bewusstsein, weil das Problem nicht als virulent wahrgenommen werde. Die Lage in Berlin sei mit anderen Städten nicht vergleichbar. Es gebe wenig Bereitschaft, sich auf eine bundesweite Regelung einzulassen. Insofern müsse man sehen, was man in Berlin tun könne. Das Thema Grundsteuer gehöre mit dazu. Zur Förderung kleinerer Spielstätten und zu Veranstaltungen im Freien werde SenWiEnBe Informationen nachreichen. Im Moment habe sie keine spezifischen Förderprogramme „auf dem Schirm“, es könne aber sein, dass man irgendetwas habe, das in die Richtung gehe.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.